

Avanti

2

Theoriebeilage

Warum Sozialismus?
von
Albert Einstein

ISO Rhein-Neckar

PROFITGIER AUSMERZEN SOLIDARITÄT STÄRKEN!



INHALT

TITEL

- 01 SOLIDARITÄT STATT PROFITE**
Was sonst?

EDITORIAL / INHALT / KURZ & KNAPP

- 02 KAPITALISMUS**
Kurz & knapp

SEITE DREI

- 03 SOLIDARITÄT STATT PROFITE**
Was sonst?

GEGEN DEN KRIEG

- 04 ANTIKRIEGSDemo STUTTGART**
Stärker werden

ARBEITSWELT

- 05 TATORT BETRIEB**
Alstom: Durchbruch vor 25 Jahren?

- 06 KONFERENZ „BR IM VISIER“**
Gegenmacht stärken

- 07 „ARBEITSUNRECHT STOPPEN“**
Was tun?

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

wird der von der Regierung Merz/Klingbeil ausgerufenen „Herbst der Reformen“ nur mit Worten oder mit einer breiten Protestbewegung beantwortet?

Das ist die große Frage, die vor allem die Gewerkschaften zu beantworten haben. Mit dem weiteren Werfen von Wattebällchen werden diese ihre anhaltende Schwächung jedenfalls nicht stoppen.

Erich Kästner wird der Satz zugeschrieben: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“ Wir tun zusammen mit anderen so einiges und schreiben darüber in dieser Ausgabe von *Avanti*².

In der Theoriebeilage beantwortet Albert Einstein die Frage: „Warum Sozialismus?“

Wir freuen uns auf unser gemeinsames Engagement für einen „Herbst des Widerstands“.

Eure Redaktion

Titelbild: Demo gegen die Krise in Frankfurt/M., 28. März 2009. (Foto: Privat.)

INHALT

ANTIFASCHISMUS

- 08 GEDENKEN IN BUCHENWALD**
Lehren für heute

- 09 VINCENT ROSE**
Einer von uns?

ISO / POLITISCHE BILDUNG

- 10 INFOABEND**
Der Trumpismus und die BRD

- 11 HERBSTSEMINAR**
Résistance unsere Chance?

RÜCKBLENDE / TERMINE

- 12 500 JAHRE „BAUERNKRIEG“**
Michael Gaismairs Utopie

12 TERMINE

THEORIEBEILAGE

- 01 BEDARF STATT PROFIT**
Warum Sozialismus?

„Bürokratieabbau“ 1

R. S.

Der emeritierte Wirtschaftsprofessor Bontrup stellt die Frage, wer vom „Bürokratieabbau“ profitiert und ihn fordert: Die reichen und superreichen Steuerkriminellen würden am liebsten die gesamte Steuergesetzgebung und -fahndung abschaffen und die Unternehmer alle Regeln, Vorschriften und Gesetze zum Schutz der Arbeitskräfte und der Natur.

Ohne öffentlich Bedienstete gibt es, dem Soziologen Max Weber zufolge, keine Berechenbarkeit, Neutralität und Rechtssicherheit im bürgerlichen Staat.

Bereits der Philosoph Jean-Jacques Rousseau stellte fest: „Zwischen dem Schwachen und dem Starken ist es die Freiheit, die unterdrückt, und das Gesetz, das befreit.“

(Quelle: FR, 21.10.2025.) ■

KURZ & KNAPP

„Bürokratieabbau“ 2

R. S.

Erste Ergebnisse der Neoliberalen unter dem Stichwort „Bürokratieabbau“:

1. Der „Green Deal“ der EU von 2019 sah ein Bündel von Maßnahmen zum Klima- und Artenschutz und den Wandel zu einer „modernen, wettbewerbsfähigen und sozial fairen Wirtschaft“ vor. Sechs Jahre später und noch weiter von der Erreichung dieser Ziele entfernt, werden zentrale Bestandteile dieses Plans weitgehend zurückgenommen.

2. Die Bundesregierung plant, Unternehmer in Höhe von knapp 200 Mio. € pro Jahr zu „entlasten“. Rund 123.000 Sicherheitsbeauftragte sollen ebenso abgeschafft werden wie Druckluftbeauftragte. Dadurch wird der betriebliche Gesundheitsschutz massiv geschwächt. (Quelle: FR, 17./18.10.2025.) ■

Solidarität statt Profitgier

U D.

Ex-Kanzler Scholz hatte nach dem Überfall der russischen Armee auf die Ukraine und dem fortgesetzten Angriffskrieg des Putin-Regimes die „Zeitenwende“ ausgerufen. Merz/Klingbeil setzen diesen Kurs mit einer Politik der Aufrüstung und Sozialkürzung verschärft fort.

Die aktuelle Bundesregierung präsentiert sich als Koalition der konservativen Mitte, aber in Wahrheit steht sie für eine Verschärfung des Rechtsrucks. Hinter ihrer biedereren Fassade verbirgt sich ein (noch) gemäßigter Trumpismus.

Die Koalition des gemäßigten Trumpismus

Diese Koalition steht für „Kriegstüchtigkeit“ und ein gigantisches Aufrüstungsprogramm. Sie will Deutschland als stärkste Wirtschaftsnation auch zur führenden Militärmacht in der EU machen. Sie fördert Konzerne und macht Reiche reicher. Sie kürzt den Klimaschutz. Sie führt einen Kulturkampf gegen linke und ökologische Positionen. Insbesondere greift diese Regierung die Arbeitsbedingungen der arbeitenden Klasse sowie die sozialen Sicherungssysteme an.

Nicht zuletzt vertreten Teile der Koalition aus CDU/CSU und SPD offen rassistische Positionen. Dobrindts Schließung der Grenzen für Geflüchtete, Merz' Gerede vom „Stadtteil“ oder das Anprangern von Sozialmissbrauch durch migrantische Gruppen bedienen und fördern bewusst rassistische Vorurteile. Damit spalten sie die arbeitende Klasse und stärken direkt die faschistische Rechte.

Die Koalition der neoliberalen Umverteilung

Während Millionen Menschen nicht wissen, wie sie Miete und Lebensmittel bezahlen sollen, häufen die Reichen obszöne Vermögen an.

Während Konzerne hunderttausende tarifgebundene Arbeits- und Ausbildungsplätze vernichten, machen sie immer noch Milliarden Gewinne. Um ihre Profite zu vergrößern, fordern sie weiteren Abbau der Sozialsysteme und weitere Einschränkungen der Rechte der Arbeitenden. Sie begehen Tariffucht und greifen in Betrieben Gewerkschaften sowie Betriebs- und Personalräte an.

Während die Gesundheitsversorgung und die Sozialversicherungen permanent in Frage gestellt und durch Kürzungen oder Sanktionen verschlechtert werden, bleiben Reiche von Forderungen verschont. Die Vermögenssteuer bleibt ausgesetzt, die Erbschaftsteuer ist nicht der Rede wert, die Finanztransaktionssteuer eine leere Versprechung.

Zu all dem schweigt und lächelt diese Koalition. Sie setzt uneingeschränkt eine neoliberale Politik fort. Diese greift seit Jahrzehnten soziale Errungenschaften an. Sie verteilt den gesellschaftlichen Reichtum nach oben um, und sie fördert damit den weiteren Aufschwung der faschistischen Rechten.

Gemeinsam gegen Regierung und Kapital

Angesichts der sich verschlechternden Lage der arbeitenden Klasse ist gewerkschaftliche Gegenwehr überfällig. Doch während die Kapitalseite längst zum Generalangriff bläst, halten die Gewerkschaftsapparate krampfhaft an der „Sozialpartnerschaft“ fest. Doch die Angriffe auf unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen

können nicht durch Verhandlungen an den runden Tischen der „Sozialpartner“ oder durch Sonntagsreden verhindert werden, sondern nur durch entschlossene Gegenwehr.

Wenn die DGB-, IG Metall- und ver.di-Spitzen Widerstand gegen die angekündigten Reformen ankündigen, ist das ein wichtiges Signal. Aber entscheidend wird sein, ob den Worten Taten folgen. Erforderlich sind jetzt Aktionen auf der Straße und in den Betrieben bis hin zu Streiks und Blockaden. Auf solche Aktionen zu warten, ist der falsche Weg. Allzu oft sind in den letzten Jahrzehnten die Gewerkschaftsvorstände zurückgewichen. Jetzt gilt es, selbst aktiv zu werden und eine breite solidarische und kämpferische Front gegen die Merz-Klingbeil-Politik aufzubauen.

Die Reichen sollen zahlen

Ziel einer solchen Bewegung muss es sein, kurzfristig alle Sozialangriffe abzuwehren. Darüber hinaus muss sie die fortgesetzte Ausplünderung der Gesellschaft durch Konzerne und Superreiche stoppen und umkehren.

Wir schlagen dazu unter anderem folgende Maßnahmen vor:

- Anstieg der Löhne und Transferleistungen in Höhe der Inflationsverluste der letzten Jahre.
- 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Umsetzung einer wirksamen Vermögenssteuer.
- Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien, Gesundheitswesen, Verkehrssektor und Wohnungswirtschaft.
- Investitionen in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Klima- und Naturschutz und Wohnungen statt in Aufrüstung.

Diese Maßnahmen sind keine Maximalforderungen, sondern dringend nötig, um unmittelbar die soziale Situation von Millionen Menschen zu verbessern. Nur so kann wieder gesellschaftlicher Zusammenhalt in der großen Mehrheit entstehen und der faschistischen Rechten der Nährboden entzogen werden.

Überall wo wir leben, lernen und arbeiten setzen wir uns für diese solidarische Alternative ein. ■



DGB-Kundgebung in Mannheim, 1. Mai 2025.

Foto: Helmut Roos.

Nie wieder kriegstüchtig!

Ermutigende Antikriegsdemo in Stuttgart

A. N.

Für den 3. Oktober 2025 hatte ein breites Bündnis von mehr als 500 Organisationen und Initiativen zu bundesweiten Demos gegen Krieg in Stuttgart und Berlin aufgerufen. Etwa 15.000 Menschen folgten dem Aufruf nach Stuttgart. Darunter war auch eine Gruppe von ISO-Aktiven und Sympathisant:innen aus der Rhein-Neckar-Region, mit der wir erfolgreich unser Flugblatt verteilten (<https://iso-4-rhein-neckar.de/kriegstreiber-stoppen-ueberall/>).

Die Züge waren brechend voll und konnten an manchen Stellen wegen Überlastung nicht weiterfahren. Viele der Reisenden waren eher auf dem Weg zum Stuttgarter Volksfest Canstatter Wasen als zur Antikriegsdemo. Doch auch eine beträchtliche Vielzahl und Vielfalt an Menschen entschloss sich dazu, sich an diesem Samstag gegen das Aufrüsten und die Militarisierung zu wehren.

Große Vielfalt an Demonstrierenden

Neben verschiedenen Gruppen der Friedensbewegung waren vor allem linke Parteien und Organisationen sowie einige DGB- Gewerkschaften sichtbar vertreten, letztere durch Aktive aus GEW, IGBCE, IGM und ver.di. Leider hatten sich nur

einzelne Gewerkschaftsgliederungen dazu durchgerungen, die Demo offiziell zu unterstützen. Insbesondere im großen Antifa-Block mit zahlreichen Transparenten nahmen viele junge Aktivist:innen an dem Protest teil.

Die Demo startete mit einer Auftaktkundgebung am Schloßplatz in Stuttgart. Sie zog dann in einem kilometerlangen Zug durch die Stadt, um sich erneut am Schloßplatz zur Abschlusskundgebung zu versammeln.

Dort sprachen unter anderem die evangelische Theologin Margot Käßmann und ex-MdB Sevim Dagdelen (BSW). Die zentralen Themen der Redebeiträge fanden sich auch auf Transparenten, Plakaten, Flugblättern und in Demoparolen wieder: der

Protest gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht, gegen die Waffenlieferungen an die Ukraine und Israel, gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland und die (atomare) Aufrüstung. Musikalisch wurde die Abschlusskundgebung unter anderem von ewo² (Bernd Köhler und Joachim Romeis) aus Mannheim begleitet.

Sand ins Getriebe

In Berlin zählten die Veranstalter:innen 20.000 Demonstrierende. Zusammen mit den 15.000 in Stuttgart war dies ein guter Schritt zur Wiederbelebung und Verjüngung der Bewegung.

Außerhalb der friedensbewegten Blase konnten die beiden Demos jedoch kaum wahrgenommen werden. Es gab – wenn überhaupt – nur eher auffällig kurze Berichte der öffentlich-rechtlichen Sender und der großen Tageszeitungen. Sollte der beträchtliche Anteil an Menschen, die keinen Krieg wollen, nicht allzu viel vom sich organisierenden Antikriegsprotest der Aktiven mitbekommen?

Sicher muss dieses Organisieren noch viel weiter gehen, damit es wirklich etwas gegen Aufrüstung, Militarisierung und Krieg ausrichten kann. Krieg funktioniert nur mit Aufrüstung und Kanonenfutter in Form von Menschen. Genau dort kann Sand ins Getriebe der Kriegsmaschinerie gestreut werden kann. Und hier sind auch die Gewerkschaften gefragt, die sich in ihren Vorstandsapparaten jedoch zu oft auf Kuschelkurs mit den Kriegstreibern begeben. Diesen verhängnisvollen Kurs zu ändern, sollten sich die vielen Gewerkschafts-Aktiven zur Aufgabe machen, die gegen Kriegstreiberei in Stuttgart und Berlin protestiert haben. ■



Antikriegsdemo in Stuttgart, 3. Oktober 2025.

Foto: A. N.

Tatort Betrieb statt Gesundheitsschutz?

Der Durchbruch bei Alstom vor 25 Jahren

H. N.

Nach der letztjährigen Kampagne der Kapitalseite gegen zu „hohe Krankenstände“ in der Arbeitswelt schreitet die Regierung Merz/Klingbeil jetzt mit „Bürokratieabbau“ beim Gesundheitsschutz zur Tat.

Statt sich an geltende Gesetze zu halten, wollen Politik und Kapital „Profitbremsen“ beseitigen. Das Motto dieser gesundheitspolitischen Geisterfahrer scheint zu sein: „Wir sparen, koste es, was es wolle!“

Verbindliches Arbeitsschutzgesetz

Eigentlich ist alles klar geregelt. Die seit 1989 von der Richtlinie 89/391/EWG geforderte gesundheitliche Prävention in der Arbeitswelt ist verbindlich. Das dadurch erzwungene Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) von 1996 verpflichtet Unternehmen, die Gesundheit der Beschäftigten systematisch zu schützen.

Als der Betriebsrat der damaligen ABB Kraftwerke AG in Mannheim noch im selben Jahr die Umsetzung des ArbSchG vom Vorstand der Firma einforderte, lief er gegen eine Wand. Zwar wurden Verhandlungen über den Abschluss einer Betriebsvereinbarung (BV) begonnen, aber 1997 brach das Management die Gespräche ab. Die „Begründung“: Der Betriebsrat habe keine Mitbestimmung.

Dieser gab jedoch nicht auf, sondern rief mit aktiver Unterstützung der IG Metall im Oktober 1997 die Einigungsstelle nach Betriebsverfassungsgesetz an. Mit allen erdenklichen Tricks versuchte die Firmenleitung, die den Beistand des Kapitalistenverbands Südwestmetall hatte, den Einigungsprozess zu verzögern.

Deshalb folgte ein dreijähriger Marathonlauf mit zahlreichen Arbeitsgerichts-, Landesarbeitsgerichts- und Einigungsstellenterminen. Erst am 10. Oktober 2000 kam es bei dem mittlerweile an Alstom verkauften Unternehmen gegen die Stimmen der Kapitalseite zu einem Spruch der Einigungsstelle. Dessen Grundlage war der sehr gut durchdachte und detaillierte BV-Entwurf des BR (https://soliserv.de/wp-content/uploads/2023/09/Einigungsstelle_Bildschirmarbeitsplaetze.pdf).

„Sieg für Alstom-Betriebsräte“

Der BR feierte am 19.10.2000 seinen Erfolg in einem Info mit der Überschrift „Unsere Gesundheit doch kein bloßer Kostenfaktor!“. Alstom Power Mannheim wurde als erstes Unternehmen in der BRD zu einer ganzheitlichen Gefährdungsanalyse/-beurteilung (GFA/GFB) aller Arbeitsplätze verpflichtet. Medien berichteten bundesweit über dieses Ereignis: „Sieg für Alstom Betriebsräte – Beteiligung bei Gefährdungsanalyse erstritten“ (MM vom 19.10.2000). Der IGM-Vorstand schickte an alle örtlichen Verwaltungsstellen der Gewerkschaft den Einigungsstellenspruch mit der Aufforderung, diesem Beispiel nachzufolgen.

Ende 2000/Anfang 2001 begann mit dem Start des 1. dreijährigen Durchgangs der GFA/GFB die Umsetzung des Spruchs der Einigungsstelle. Diese war alles andere als einfach. Die Kapitalseite versuchte auch jetzt noch, ihre Blockadepolitik fortzusetzen. In dem paritätisch besetzten Steuerungsgremium des GFA/GFB-Kreislaufprozesses – der Gemeinsamen Kommission GFA – kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Schließlich setzten sich die konfliktbereiten und hartnäckigen Alstom-BR durch.

Danach konnte endlich ein vorbildliches System des vorbeugenden Gesundheitsschutzes im Betrieb entwickelt werden.

Gesundheit als höchstes Gut

Der Betriebsrat verfolgte drei Ziele:

1. Alle bestehenden Gesundheitsgefährdungen zu erkennen und durch Anwendung des STOP-Prinzips* zu beseitigen oder zumindest zu minimieren.
2. Alle Beschäftigten für Gesundheitsgefährdungen zu sensibilisieren und für die Beteiligung an einem aktiven Gesundheitsschutz zu gewinnen.
3. Allen Kolleg:innen eine fortlaufende Dokumentation sämtlicher Gefährdungen in ihrem Arbeitsleben zur Verfügung zu

stellen, um die Anerkennung von Berufskrankheiten erfolgreich durchsetzen zu können.

Die Erfolge sprechen für sich. Bis 2014 gelang die Umsetzung von über 5.000 Einzelmaßnahmen im Bereich der physischen Gefährdungen. Zum Beispiel die Kapselung von Maschinen zum Schutz vor Lärm.

Auch im komplexeren Bereich der psychischen Gefährdungen gelang es, mit der Umsetzung von über 900 Einzelmaßnahmen spürbare Verbesserungen zu erreichen. Mangelhaftem Führungsverhalten wurde etwa mit Änderung von Aufgabengebieten entgegengewirkt.

Nach dem dubiosen Verkauf von Alstom Power an den Konkurrenten General Electric im November 2015 begann dieser, schrittweise das Traditionswerk platt zu machen. Das war zwar auch das Ende der einmaligen GFA/GFB bei Alstom, aber sie hat bis heute Spuren in vielen anderen Betrieben hinterlassen. ■

* Das **STOP**-Prinzip legt die Rangfolge von Schutzmaßnahmen fest: Substitution, Technische, Organisatorische und Persönliche Schutzmaßnahmen.

Wolfgang Hien / Wolfgang Alles

Gesundheitsschutz muss erkämpft werden!



Ein Blick zurück auf die Auseinandersetzungen bei Alstom Power in Mannheim – und ein Blick nach vorne

Betriebsräte fordern Verbot der Verdachtskündigungen

12. Bundeskonferenz „BR im Visier“

M. G.

Am 11. Oktober 2025 fand im großen Saal des Mannheimer Gewerkschaftshauses die 12. Bundeskonferenz „Betriebsräte im Visier“ statt.

Organisator der Veranstaltung war das Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“. Freundliche Unterstützung kam insbesondere seitens der IG Metall Mannheim und der Anlaufstelle gegen Union Busting beim IGM-Vorstand.

Trotz vieler kurzfristiger, meist krankheitsbedingter Absagen stieß die Tagung mit ihren spannenden Themen erneut auf reges Interesse.

Bedeutung des Kampfs gegen BR-Mobbing

Insbesondere aus den Bereichen Industrie, Dienstleistungen, Verkehr und Bildung waren Kolleginnen und Kollegen anwesend. Die meisten von ihnen engagieren sich in betrieblichen Interessenvertretungen und sind vor allem in der IG Metall, der IGBCE und in ver.di organisiert. Hinzu kamen einzelne Aktive aus der EVG und der GEW.

Die Grußworte von Janna Köke (IGM Mannheim), Nadja Kürten (ver.di Rhein-Neckar) und die im Netz verbreitete Videobotschaft des DGB-Landesbezirksvorsitzenden Kai Burmeister unterstrichen die Bedeutung der Zusammenkunft und würdigten den Einsatz des Solikomitees.

Im Zentrum der diesjährigen Konferenz stand zum einen die Frage, wie im Vorfeld der 2026 anstehenden Betriebsrats-/Personalratswahlen die Verteidigung gegen BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung in der Arbeitswelt noch besser gelingen kann. Zum anderen ging es erneut darum, wie das Nachwirken des faschistischen Arbeitsunrechts endlich gestoppt werden kann. Die Tagung bekräftigte erneut ihre Forderung, Verdachtskündigungen zu verbieten (<https://gegen-br-mobbing.de/konferenz-br-im-visier/326-offenen-brief-gegen-das-fortwirken-des-nazi-arbeitsunrechts-bei-weact-unterstuetzen>).

„Kräfteverhältnisse ändern“

In einem sehr beeindruckenden Vortrag mit dem Titel „Kräfte-

verhältnisse ändern“ stellten sieben Kollegen des Betriebsrats und des IGBCE-Vertrauenskörpers von nora systems in Weinheim ihre erfolgreiche Tätigkeit dar.

Sie vertreten einen basisorientierten und auf gängige Betriebsrats-„Privilegien“ verzichtenden Ansatz. Mit ihrer systematischen Präsenz in der Belegschaft und ihrem glaubwürdigen täglichen Einsatz für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen haben sie sich eine zunehmende Anerkennung erarbeitet.

Dadurch ist es den Kolleg:innen gelungen, 2022 die Mehrheit im 13-köpfigen BR zu erringen und den gewerkschaftlichen Organisationsgrad zu verdoppeln.

Zur Erinnerung: 2012 führten die Machenschaften von Geschäftsleitung und „gelber“ Betriebsratsmehrheit zur Kündigung des aktiven Gewerkschafters Helmut Schmitt. Danach kam es zur Gründung des Solidaritätskomitees.

Wolfgang Thurner von der Anlaufstelle gegen Union Busting beim IGM-Vorstand sprach über die „Herausforderungen und Chancen“ bei den 2026 anstehenden BR-Wahlen.

Die organisationspolitischen Ziele der IG Metall sind anspruchsvoll: Wahlbeteiligung über 70 %, 10.500 Betriebe mit IGM-Mehrheiten in den BR und ohne faschistische BR-Mandate. Es ist sehr zu wünschen, dass dies gelingt.

„Für welche Welt kämpfen?“

Alexander Mohrlang (IGM-Vorstand) widmete sich dem Thema „Gegenmacht gegen Übermacht?“. Mit seiner den Blick auf die bedrohlichen globalen Entwicklungen schärfenden Präsentation analysierte er kritisch die Lage der „Gewerkschaften in Zeiten des rechtsautoritären Tech-Kapitalismus“.

Seine Schlussfolgerungen haben es in sich: 1. Der gewerkschaftliche „Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit führt in die Sackgasse“. 2. „Gewerkschaftspolitik muss stärker vom Menschen aus gedacht werden“. Und 3. die „Durchsetzungsfähigkeit und Machtressourcen“ der IGM sind systematisch zu stärken. Zum Schluss stellte Mohrlang die brisante Frage: „Für welche Welt wollen wir kämpfen?“

Gegen Ende der sehr positiv bewerteten Konferenz fasste eine Vertreterin des Solikomitees in einem Impuls wesentliche Punkte der lebhaften und solidarischen Diskussionen zusammen. Ihr Fazit lautete: „Wir alle sind aufgefordert, unsere demokratische Gegenmacht in den Betrieben und der Gesellschaft zu stärken. Denn sie ist eine wesentliche Voraussetzung, um Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung sowie den Vormarsch der rechten Demokratiefeinde stoppen zu können.“

Am 10. Oktober 2026 soll bei der 13. Bundeskonferenz „Betriebsräte im Visier“ geklärt werden, ob es Fortschritte in diese Richtung gegeben haben wird. ■



Konferenz „BR im Visier“ in Mannheim, 11. Oktober 2025.

Foto: I. D.

„Arbeitsunrecht stoppen! Demokratische Gegenmacht in der Arbeitswelt stärken!“

Die nachfolgende Entschließung wurde von der 12. Bundeskonferenz „Betriebsräte im Visier“ am 11. Oktober 2025 in Mannheim einstimmig angenommen.

Dramatische Entwicklungen finden in der Arbeitswelt statt. Angriffe auf demokratische Grund- und Menschenrechte, auf Arbeitsbedingungen und Arbeits- bzw. Ausbildungsplätze nehmen stark zu. Firmenleitungen wollen erneut zehnttausende Arbeits- und Ausbildungsplätze in den unterschiedlichsten Branchen vernichten. Von diesen Kahlschlagplänen betroffene Kolleg:innen und deren Familien bangen um ihre Existenz und ihre Zukunft.

Anscheinend gilt mittlerweile ein neuer Artikel 1 des Grundgesetzes. Statt der geltenden Festlegung „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ heißt es nun real „Die Höhe der Profite ist unantastbar“.

Statt der Beachtung der im Grundgesetz-Artikel 14 festgelegten Sozialbindung des Eigentums ist nun fast nur noch die Rede von „Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit“, „notwendigen Kostensenkungen“ und „zu niedrigen Gewinnen“.

Diese bedrohliche, antidemokratische Entwicklung fällt nicht vom Himmel. In Verbindung mit dem anhaltenden politischen Rechtsruck wird die Durchsetzung eines „Rechts des Stärkeren“ zur menschenverachtenden Normalität.

Vor diesem Hintergrund verstärken sich die Attacken von Firmenleitungen nicht nur auf demokratische Interessenvertretungen wie Betriebs- oder Personalräte, sondern auch auf die gewerkschaftliche Organisation in der Arbeitswelt.

Einer repräsentativen Erhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit vom 30. Mai 2025 zufolge gibt es in 76,3 % der Betriebe keine tarifvertraglichen Regelungen. Nur noch in 9,5 % aller Betriebe ab 5 Beschäftigten existiert ein Betriebs- oder Personalrat.

Unternehmensleitungen und die von ihnen angeheuerten Unrechtsanwälte nutzen skrupellos „legale“ und illegale Mittel, um sowohl aktive Betriebs- und Personalräte als auch engagierte Gewerkschaftsmitglieder einzuschüchtern und aus den Betrieben zu drängen. Solche Machenschaften beeinflussen schon jetzt massiv die 2026 stattfindenden Betriebsrats- und Personalratswahlen.

Wer im Koalitionsvertrag der amtierenden Bundesregierung nach dem Thema Abwehr von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung sucht, findet – weiße Flecken. Die Ampel-Koalition hatte noch beschlossen, den § 119 Betriebsverfassungsgesetz von einem Antrags- in ein Officialdelikt umzuwandeln. Passiert ist – nichts.

Auch das Nachwirken des Arbeitsunrechts der Nazi-Diktatur (zum Beispiel in Form der „Verdachtskündigungen“) wird in der Öffentlichkeit weitestgehend ignoriert und von der deutschen Arbeitsgerichtsbarkeit als „legal“ angesehen. Dabei ist offensichtlich, dass es elementaren deutschen und internationalen Rechtsgrundsätzen widerspricht.

Widerstand gegen diese skandalösen Zustände ist angesagt. Wir bekräftigen deshalb die Feststellung unserer letztjährigen Konferenz: „Es ist zwingend erforderlich, demokratische Gegenmacht in der Arbeitswelt zu stärken. Sie ist wesentlich, um Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung, die sich verschärfenden Angriffe auf Arbeitsplätze und den auch dadurch weiter geförderten bedrohlichen Rechtsruck stoppen zu können.“

Dazu aufgerufen sind alle demokratischen Kräfte, insbesondere aber wir mit unseren Gewerkschaften.

Wann, wenn nicht jetzt? Wo, wenn nicht hier? Wer, wenn nicht wir? ■



12. Konferenz „BR im Visier“ in Mannheim, 11. Oktober 2025.

Foto: I. D.

Vor 80 Jahren

„Erklärung der Internationalistischen Kommunisten Buchenwalds“

W. F.

Kurz vor Kriegsende, am 20. April 1945, verfasste nach der Befreiung des KZ Buchenwald eine Gruppe von vier Genossen und Sympathisanten der IV. Internationale die wenig bekannte, aber inhaltlich herausragende „Erklärung der Internationalistischen Kommunisten Buchenwalds“.¹

Diesen Kämpfern und ihrem politischen Vermächtnis war eine vom deutsch-französischen Verein „Die Freunde von Arbeiter und Soldat“² organisierte zweiteilige Veranstaltung am 11. Oktober 2025 gewidmet.

Gedenkstätte Buchenwald

An der Veranstaltung in der Gedenkstätte Buchenwald nahmen etwa 30 Genoss:innen teil.

Olivier Doriane ordnete die Erklärung der Buchenwalder Trotzisten als in der Tradition von Marx, Liebknecht und Luxemburg sowie der Erklärungen der IV. Internationale zum Zweiten Weltkrieg stehend ein. Er betonte den unabhängigen Kampf der Arbeiterklasse gegen Aufrüstung, Militarisierung und imperialistische Kriege, aber auch die Unterstützung der Kämpfe gegen den Kolonialismus wie in Indien.

Claudius Naumann gedachte der in den KZ und im Widerstand ums Leben gekommenen Genoss:innen und verlas ihre Namen, soweit sie überhaupt bekannt sind. Dem schloss sich eine Schweigeminute an.

Kolloquium Weimar

Das Kolloquium hatte 35 Teilnehmer:innen.

Nach einem Grußwort von Torsten Lerche, Vorsitzender des DGB Weimar/Weimarer Land, referierte François Preneau (Vorsitzender des Vereins „Die Freunde von Arbeiter und Soldat“) über die Untergrundzeitungen *Front Ouvrier* und die *Zeitung für Soldat und Arbeiter im Westen*³, die in Brest herausgegeben wurden.

Preneau ging auf die gemeinsamen Beweggründe ein, die deutsche Soldaten in Uniform und junge französische Arbeiter dazu brachten, sich im Kampf gegen den Faschismus, für Frieden

und Brüderlichkeit der Völker zu vereinen.

Jan Willem Stutje, niederländischer Historiker, stellte sein Buch *Folterfabrik Buchenwald* vor. In dieser Veröffentlichung steht Ernst Federn im Mittelpunkt, der ebenfalls Mitverfasser der „Erklärung der Internationalistischen Kommunisten Buchenwalds“ war.

Bedeutung für heute

Claudius Naumann sprach über die „Erklärung der Internationalistischen Kommunisten Buchenwalds“ und ihre Bedeutung für den heutigen Kampf gegen imperialistische Kriege. Die Erklärung analysierte die Weltlage von einem internationalistischen Klassenstandpunkt aus. Sie stellte fest, dass nur die „erfolgreiche unabhängige Aktion der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus imstande ist, das Übel des Faschismus samt seiner Wurzel auszureißen“.

Loïc Le Bars behandelte in seinem Vortrag den Werdegang Marcel Baufrères von der Sozialistischen Jugend zur IV. Internationale. Baufrère wurde am 7. Oktober 1943 von der Gestapo verhaftet und nach Buchenwald deportiert, wo er maßgeblich an der Gründung einer trotzkistischen Zelle mit Kämpfern aus verschiedenen Ländern beteiligt war. Er ist Mitverfasser der „Erklärung der Internationalistischen Kommunisten Buchenwalds“.

Veröffentlichung der Referate

Ernst Neweling, deutscher Historiker, behandelte „die revolutionäre Initiative der deutschen Arbeiterschaft nach Faschismus und Krieg – Betriebsräte, Aktionskomitees, Betriebsbesetzungen in ganz Deutschland und die Antwort der alliierten Siegermächte“. Es gab keine „Stunde Null“ der deutschen Arbeiterbewegung. Ihrer Organisationen durch die Nazi-Diktatur beraubt, setzte die Arbeiterschaft ihren Kampf in der Illegalität bis in die Konzentrationslager hinein fort, trotz Verbot und Zerschlagung.

Eine Veröffentlichung aller Referate im „Bulletin“ des Vereins „Die Freunde von Arbeiter und Soldat“ ist geplant. ■



Gedenkstätte Buchenwald, 11. Oktober 2025.

Foto: Privat.

Fußnoten

- 1 Vgl. hierzu <https://inprekorr.de/283-buchenwald.htm> und <https://iso-4-rhein-neckar.de/einrevolutionaerer-aufruf-aus-dem-befreiten-kz-buchenwald/>.
- 2 Webseite: www.arbeiter-und-soldat.org.
- 3 Diese Untergrundzeitung erschien neben den 6 Ausgaben von *Arbeiter und Soldat*. Die Nummer 1 vom August 1943 wurde erst vor kurzem in den Ernest Esra Mandel Papers des IISG Amsterdam entdeckt.

„Vinzenz Rose – Einer von uns?!“ Eröffnung der Wanderausstellung

N. B.

Für die Herbst- und Wintermonate holt die GEW Heidelberg/Rhein-Neckar die Wanderausstellung „Vinzenz Rose – Einer von uns?!“ in unsere Region. Zu ihrer feierlichen Eröffnung kamen am 1. Oktober 2025 gut 60 Personen in die Waldparkschule in Heidelberg-Boxberg.

Die Ausstellung fasziniert aus verschiedenen Gründen. Besonders herausragend ist dabei wohl ihre Entstehungsgeschichte, welche einige der Ersteller:innen der Ausstellung auf der Vernissage erzählten: Devon Dreschner, Leonie Metz und Leni Wendt, ehemalige Schüler:innen der Geschichte-AG der Realschule Obrigheim.

Die Entstehungsgeschichte

Vor vier Jahren machte sich ihr Lehrer Bernhard Edin zunächst mit seiner 10. Klasse und später dann mit einer freiwilligen Geschichte-AG auf den Weg, der Schule einen Namen zu geben. Dabei stießen sie auf Vinzenz Rose, ehemaliger Häftling in dem in unmittelbarer Nähe zur Schule gelegenen KZ Neckarelz, Sinto und späterer Begründer der Sinti- und Roma-Bürgerrechtsbewegung.

Die Idee der Schulbenennung erfreute sich jedoch zunächst keiner großen Beliebtheit. So recherchierten die Schüler:innen gemeinsam mit ihrem Lehrer die Biografie Vinzenz Roses und erstellten eine Ausstellung, um über ihn zu informieren. Dabei gelang es ihnen auf eindruckliche Weise, die persönliche Biografie mit der Verfolgung der Sinti und Roma in der Region und mit der Geschichte auf Bundesebene vor, während und nach dem Hitler-Faschismus zu verknüpfen.

Engagement über die Schule hinaus

Die Realschule Obrigheim hätte die erste Schule bundesweit werden können, die bewusst nach einem Sinto benannt wird. Vor dem Gemeinderat hatten die Schüler:innen mit ihrem Vorhaben jedoch keine Chance. Vor über einem Jahr haben sie ihre Schule verlassen. Ihr Engagement bleibt jedoch, und das ist so besonders inspirierend an dem Projekt. Heute setzen sich die ehemaligen Schüler:innen dafür ein, dass im Ort öffentlich an die Sinti-Familie Reinhardt erinnert wird, die in Obrigheim festgesetzt und später nach Auschwitz deportiert und dort vernichtet wurde.

Breites Interesse

Historisch und doch brandaktuell stieß die Ausstellung offenbar auch in Heidelberg auf großes Interesse. Zur Vernissage kamen Familien aus dem Stadtteil ebenso wie Interessierte aus der ganzen Stadt. Die Geigerin Anastasia Gubanov umrahmte die Ausstellung musikalisch und stimmte die Anwesenden damit berührend auf die Ausstellung ein.

In einem Grußwort betonte die GEW-Landesvorsitzende Monika Stein den Charakter der Ausstellung als gelebte Demokratiebildung und zeigte sich beeindruckt von den Schüler:innen und ihrem Engagement. Adriana Dörr vom Dokumentationszentrum deutscher Sinti und Roma verwies auf die anhaltende Diskriminierung von Sinti und Roma und lobte das Engage-

ment der Schüler:innen, die sich nicht unterkriegen lassen.

Finanziert wurde die Ausstellung von der Lautenschläger-Stiftung. Markus Lautenschläger sprach bei der Vernissage ein Grußwort, ebenso wie Antony Pattathu, Antidiskriminierungsbeauftragter der Stadt Heidelberg. Im Anschluss an die Grußworte und die Vorstellung des Projekts durch die ehemalige Geschichte-AG nahmen sich viele Gäste noch Zeit für die 14 Ausstellungsfahnen sowie für angeregte und angenehme Gespräche.

Bedeutung und Aktualität der Ausstellung

Sowohl in der feierlichen Eröffnung als auch in den anschließenden Gesprächen wurde immer wieder deutlich: Die Ausstellung ist nicht nur historisch und pädagogisch hoch spannend, sondern auch aufgrund ihrer Aktualität. Seit zwei Jahren ist der deutsche Staat mit seinen Konzernen wieder aktiv beteiligt an einem Völkermord, diesmal vor aller Welt Augen. Mit dem zunehmenden Rechtsruck wird die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Faschismus immer drängender. ■

Die Ausstellung ist noch bis März 2026 in der Rhein-Neckar-Region zu sehen – www.gew-bw.de/rhein-neckar-heidelberg. Weitere Veranstaltungen im Rahmen der Ausstellung sind u. a.:

- „Die Wiederkehr des Faschismus und was wir dagegen tun können“ mit Helmut Dahmer, online-Veranstaltung am Dienstag, 18.11.2025, um 19:00 Uhr
- Ganztägige Exkursion zur KZ-Gedenkstätte Neckarelz und zum Geschichtslehrpfad „Goldfisch“ (unterirdische Motorenfabrik in Obrigheim, errichtet von KZ-Häftlingen) am Samstag, 21.03.2026.



Ausstellungseröffnung in Heidelberg, 1. Oktober 2025.

Foto: Privat.

„Der Trumpismus – Vorläufer eines neuen Faschismus?“

Aufschlussreicher Infoabend

R. G.

Trumps Politik zeigt, wie schnell der bürgerlich-kapitalistische Parlamentarismus in ein autoritäres System umgebaut werden kann. Zugleich legt sie den aggressiven Anspruch der USA auf die globale Vorherrschaft offen. Alles hochgefährlich und Grund genug, sich im Rahmen des ISO-Infoabends im Oktober mit dem Trumpismus zu beschäftigen.

In seinem faktenreichen Vortrag beschrieb unser Referent den Trumpismus und dessen Drahtzieher. Dabei stellte er diesen in den Zusammenhang mit der krisenhaften Entwicklung des globalen Kapitalismus und der Radikalisierung des Neoliberalismus in Richtung „Libertarismus und Faschismus“.

Diese Radikalisierung findet ihren Ausdruck in der Ablehnung von Demokratie und universellen Menschenrechten. Stattdessen wird das „Recht des Stärkeren“ auf wirtschaftlicher, nationalstaatlicher und globaler Ebene propagiert und durchgesetzt. In dieser Ideologie der Superreichen haben nur diese selbst das Recht, über die Welt zu entscheiden. Weltweit ist der Trumpismus der mächtigste Vertreter dieser Ideologie.

Trumps Agenda

Seit Beginn seiner zweiten Amtszeit setzt Trump eine autoritäre Rechtswende durch. Seine Politik ist unter anderem gekennzeichnet durch Nationalismus, Rassismus, Verfassungsbrüche, Aufrüstung und eine aggressive Außenpolitik. Innenpolitisch setzt er im Interesse seiner Clique das Militär ein und lässt Migrant:innen brutal verfolgen.

Hemmungslos attackiert er seine politischen Gegner. Er bekämpft demokratische und linke Positionen in Wissenschaft, Medien und Politik, während er offen reaktionäre, rassistische und sexistische Ideologien und die faschistische Rechte unterstützt.

Die Macht der Konzerne

Eine besondere Bedeutung für diese Entwicklung hat die ungeheure Konzentration von Kapital in den Händen weniger Per-

sonen sowie die führende Rolle der USA bei Rüstungs- und Tech-Konzernen. Insbesondere die US-Konzerne Alphabet, Meta, Apple, NVIDIA, Microsoft, Tesla und Amazon haben weltweit großen Einfluss. Sie monopolisieren nicht nur die IT-Branche, sondern sind eng mit dem politischen Macht- und Staatsapparat der USA verknüpft und wesentlicher Teil einer globalen Manipulations- und Verdummungsmaschinerie.

Trumpismus light auch in Deutschland?

Die Radikalisierung des Neoliberalismus zeigt sich auch in Deutschland. So steht die Regierung Merz-Klingbeil für Nationalismus und Rassismus sowie für massive Aufrüstung und Militarisierung. Sie hat deshalb begonnen, eine radikale Kürzungsagenda bei den sozialen Sicherungssystemen umzusetzen. Gleichzeitig vertritt sie eine Politik im Interesse der Reichen und Konzerne.

Was tun

Gegen den radikalisierten Neoliberalismus und den Aufschwung der politischen Rechte muss überall eine einheitliche und konsequente Gegenwehr entwickelt werden. Dies bedeutet unter anderem, beharrlich über die Ziele der Herrschenden und der Faschisten aufzuklären, sowie lokal, regional, national und international Solidarität zu organisieren.

Lebhafte Diskussion

In der anschließenden lebhaften Diskussion konnten viele, aber nicht alle Punkte des Vortrags besprochen werden.

Unter anderem ging es um die neoliberale Beeinflussung der öffentlichen Meinung durch Tech-Konzerne, „soziale Netzwerke“ und Medien. Deswegen ist es wichtig, gerade auch auf diesem Gebiet aktiv zu sein und Gegenöffentlichkeit zu schaffen.

Auch die Entwicklung des weltweiten Widerstands gegen Trumpismus und Rechtsentwicklung wurde angesprochen. Dass es diesen gibt, haben nicht zuletzt die 7 Millionen bei den jüngsten Anti-Trump-Protesten in den USA gezeigt. Aber eine wesentliche soziale Kraft ist aufgrund ihrer jahrzehntelangen politischen und organisatorischen Schwächung nur unzureichend sichtbar: die Gewerkschaftsbewegung. Aber auch in ihr nimmt die Diskussion an Fahrt auf, wie der Rechtsruck bekämpft werden kann. Eine betrieblich aktive Gewerkschafterin brachte es auf den Punkt: Die Gewerkschaften müssen wieder frecher werden und einen Generalstreik organisieren.

Der Infoabend war zu kurz, um alle Aspekte des Themas zu diskutieren. Aber er gab viele Impulse, sich weiter mit diesem Komplex zu beschäftigen. Das macht neugierig auf unser Herbstseminar am 15. November und die nächsten Infoabende. ■



Demo gegen Trump in San Francisco, 19. November 2016.

„Unsere Chance – Résistance“

Herbstseminar der ISO-Rhein-Neckar am 15. November 2025

R. G.

Täglich sehen und spüren wir die negativen Folgen der kapitalistischen Krisen. Die Politik der Herrschenden verbessert daran nichts. Im Gegenteil, sie verstärkt Klimazerstörung, Aufrüstung, Kriege, Arbeitsplatzvernichtung, Sozialabbau, soziale Ungleichheit sowie die Vertreibung von Menschen. Sie fördert Nationalismus, Rassismus und Sexismus und den Aufschwung der autoritären und faschistischen Rechten.

In unserem Herbstseminar wollen wir uns in zwei Blöcken mit dieser verheerenden Entwicklung und den Möglichkeiten der Gegenwehr auseinandersetzen.

Der erste Block befasst sich mit den Krisen des globalen Kapitalismus und den aktuellen politischen Antworten darauf.

Dabei geht es unter anderem um den Trumpismus, um den Rechtskurs in Europa und nicht zuletzt um die Politik der Regierung Merz/Klingbeil. Welche Folgen hat diese Politik? Wie wirkt sich das auf die Lage der arbeitenden Klasse aus? Wie und wo entwickelt sich aktuell Widerstand? Welche Rolle spielen dabei Parteien, Gewerkschaften und soziale Bewegungen?

Im zweiten Block wollen wir diskutieren, wo und wie politische und soziale Gegenwehr möglich ist.

Droht weltweit der Sieg eines autoritären Kapitalismus? Gilt das auch für Deutschland? Welche politische Gegenwehr ist möglich und notwendig? Welchen Beitrag können wir dort, wo wir leben, lernen und arbeiten, leisten, damit dieses Schreckensszenario nicht wahr wird? Was sind unsere Alternativen?

Mit Referaten, Kurzfilmen, Musikbeiträgen und natürlich vielen Diskussionen wollen wir gemeinsam versuchen, Antworten auf diese Fragen zu finden.

Nach dem Seminar wollen wir den Abend gemeinsam ausklingen lassen. ■

**Das Seminar findet am Samstag, den 15.11.2025,
in Mannheim statt.**

Beginn ist um 13:00 Uhr, Ende gegen 18:30 Uhr.

Anmeldung

Bitte entweder direkt bei unseren Aktiven
oder per E-Mail an info@iso-rhein-neckar.de.



Vor 500 Jahren: Der Deutsche „Bauernkrieg“ (IX)

E. B.

In der Nachfolge der Memminger *Zwölf Artikel* von 1525 verfasste Michael Gaismair seine „64 Meraner Artikel“. Anfang 1526 formulierte er dann die „Tiroler Landesordnung“ als Grundlage für einen egalitären und demokratischen Knappen-, Handwerker- und Bauernstaat protestantischer Prägung.

Gaismairs Verfassung beinhaltet einen konkreten Plan für ein Sozialsystem sowie eine Reform von Landwirtschaft, Bergbau, Produktion und Handel im Sinne des Gemeinwohls. Mit zentralen Punkten seines Verfassungsentwurf weist Gaismair den Weg in eine bessere Zukunft.

Der darin formulierte Gleichheitsgrundsatz hebt die Vorrechte von Adel und Klerus auf.

Soziale Gerechtigkeit wird wirksam gefördert. Der Zehnt wird für die Armenfürsorge verwendet. Klöster werden als Altenheime und Spitäler genutzt. Eine staatliche Sozialhilfe ist ebenso vorgesehen wie ein staatliches Gesundheitssystem mit kostenlosen Arzneimitteln und eine Grundversorgung mit Nahrung und Kleidern.

Regelmäßige demokratische Wahlen (auch von Pfarrern und Richtern) sind von der Gemeinde bis zur Landesregierung durchgängig verankert.

Die Wirtschaft ist dem allgemeinen Nutzen verpflichtet. Vergesellschaftung wird angestrebt. Zins und Wucher sind stark eingeschränkt.

Die Leibeigenschaft ist ebenso verboten wie eine unmenschliche Behandlung. Frauenunterdrückung wird nicht mehr ak-

zeptiert. Bildung gilt als wichtige Basis eines demokratischen Gemeinwesens.

Friedrich Engels bezeichnete Michael Gaismair nicht zu Unrecht als einen „Müntzerschen“.



Käthe Kollwitz, *Die Gefangenen* (aus dem Zyklus „Bauernkrieg“), 1908.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 06.11.2025, 19:00 Uhr, „Die Antarktis [...] ein Spielball von wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen?“, Speyerer Str. 14, MA
- FR, 07.11.2025, 19:00 Uhr, „Gaza – nur der Weg nach vorn“, T 6, 37, MA
- SAM, 08.11.2025, 12:00 Uhr, Demo „Kommunen am Limit“, Lautenschlagerstr., Stuttgart
- DI, 11.11.2025, 18:00 Uhr, „Kommunen am Limit“, Ver.di-Büro im Gewerkschaftshaus, MA
- DO, 13.11.2025, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solidaritätskomitee, Rhein-Neckar, Gewerkschaftshaus, IGM-Konferenzraum, Hans-Böckler-Str. 1, MA
- SAM, 15.11.25, 13:00 Uhr, ISO-Herbstseminar „Résistance, unsere Chance!“, MA
- DI, 11.11.2025, 18:00 Uhr, „Kommunen am Limit“, Ver.di-Büro im Gewerkschaftshaus, MA
- DI, 18.11.2025, 19:00 Uhr, „Die Wiederkehr des Faschismus und was wir dagegen tun können“, Online-Veranstaltung
- MI, 26.11. 2025, 19:00 Uhr, „Geschäfte mit Krieg, Tod und Sklaverei“, Ver.di-Haus, Kaiser-Wilhelm-Str. 7, LU
- FR, 28.11.2025, 19:00 Uhr, Infoabend der ISO Rhein-Neckar zu aktuellem Thema, MA

VORSCHAU

- SO, 21.12.25, 17 Uhr, ISO-Jahresendfeier, MA



Impressum:
ISO Rhein-Neckar
VdSP: ISO, 68026 MA

ISO, Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Netz: www.iso-4-rhein-neckar.de
Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn
Instagram: www.instagram.com/isorheinneckar

